

Europa vor der EU-Osterweiterung

Astrid Ziegler

Die EU steht vor ihrer größten Herausforderung: die Aufnahme von acht mittel- und osteuropäischen Staaten. Dies wird für Europa vermutlich die schwierigste Erweiterungsphase sein, denn die ehemaligen Ostblockstaaten haben den Transformationsprozess von einer Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft noch nicht vollständig bewältigt. In der Vor-Beitrittsphase haben die Kandidatenländer ihre Politiken schon teilweise an EU-Gesetze angepasst. Weitere Harmonisierungsschritte stehen noch aus. Parallel dazu muss die EU bis zum endgültigen Beitritt in politischer und institutioneller Hinsicht noch eine Reihe von internen Reformen durchführen. Trotz der Einführung des Europäischen Rates von Kopenhagen im Dezember 2002 bleibt noch unklar, wie sich die gesamten Kosten und Lasten einer EU-Erweiterung verteilen werden.

Die neuen Beitrittsländer haben schon einen weiten Weg hinter sich gebracht. Die schwierigsten Reformprojekte sowohl in den neuen als auch in den alten Mitgliedstaaten stehen aber noch aus – und es sind nicht nur die ökonomischen. Sind die neuen und alten EU-Mitgliedstaaten überhaupt schon erweiterungsfähig? Kann die EU-Osterweiterung auch aus sozialer und beschäftigungspolitischer Sicht ein Erfolg werden? Wie sind Stand und Perspektive von Arbeitsbeziehungen und Tarifpolitik? Mit diesen und weiteren Fragen setzt sich dieses Schwerpunktthema der WSI-Mitteilungen auseinander.

Die wohl wichtigste aktuelle Frage ist, wie die EU-Erweiterung finanziert werden kann und soll. Im Hinblick auf die beiden größten Ausgabenbereiche im EU-Haushalt – die Agrar- und Strukturpolitik – sind zwar die finanziellen Weichen bis 2006 gestellt, aber wichtige Entscheidungen vor allem bei den EU-Strukturfonds stehen noch aus. Heinz-Jürgen Axt setzt sich in seinem Beitrag mit den verschiedenen Finanzierungsszenarien auseinander. Er kommt zu dem Ergebnis, dass auch ohne die EU-Osterweiterung die europäische Agrar- und Strukturpolitik reformbedürftig ist. Mit den Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die europäische Strukturpolitik beschäftigt sich Markus Eltges. Im Zuge der mit der Erweiterung eintretenden beträchtlichen Zunahme sozialer, wirtschaftlicher und räumlicher Disparitäten kommt es zu einer Verlagerung der Kohäsionspolitik zugunsten der neuen Mitgliedsländer und zum Rückzug aus den heutigen Mitgliedstaaten. Die Debatte um die Neugestaltung der EU-Strukturfonds nach 2006 ist voll im Gange. Im Mittelpunkt steht hierbei mehr die finanzielle als die inhaltliche Seite der Strukturpolitik.

Die EU-Osterweiterung stellt aber nicht nur ökonomisch, sondern auch sozial und beschäftigungspolitisch eine Herausforderung für die EU dar. Mit der wirtschaftlichen und sozialen Dimension der EU-Erweiterung beschäftigt sich Michael Dauderstädt in seinem Beitrag. Die ökonomischen Wirkungen sind bereits vor dem offiziellen Beitritt erfolgt, anders sieht es dagegen mit den sozialen Folgen

der EU-Osterweiterung aus. Diese werden erst nach dem offiziellen Beitritt zum Tragen kommen. Dazu wird insbesondere in Deutschland die zu erwartende Zuwanderung gezählt. Mittlerweile gibt es eine Reihe von Studien über das Zuwanderungspotenzial der Beitrittsländer. Diese beziffern das Migrationspotenzial auf 4 Mio. Personen, die in den nächsten 20-30 Jahren von Ost nach West auswandern wollen. Nach Heinz Fassmann/Rainer Münz fällt aber aufgrund der Übergangsfristen sowie der schrumpfenden und alternden Bevölkerung in den Beitrittsländern der tatsächliche Migrationseffekt kleiner aus. Daten und Fakten zu den Arbeitsmärkten in den Beitrittsländern liefert Anne Schüttelpelz. Der Transformationsprozess hat bereits zu einem Strukturwandel der Arbeitsmärkte geführt. Dieser Prozess brachte Defizite in Bezug auf die Beschäftigungsdynamik und die Entwicklung der Arbeitslosigkeit zu Tage. Der Beitritt wird die negativen Effekte weiter verstärken, so dass weitere Anpassungsschritte des Beschäftigungssystems notwendig sind.

Die Arbeitsbeziehungen sind ein wesentliches Element des Europäischen Sozialmodells. Die Facetten der Arbeitsbeziehungen in den MOE-Ländern sind vielfältig. Zu diesem Themenkomplex äußern sich Heribert Kohl/Hans-Wolfgang Platzer und Wolfgang Schroeder in ihren Beiträgen. Kohl/Platzer zeigen, ausgehend von der Spannbreite, die die betrieblichen Interessenvertretungen sowie die sektoralen Arbeitsbeziehungen in den acht mittel- und osteuropäischen Ländern haben, wie diese in das „Europäische Sozialmodell“ passen. Wolfgang Schroeder geht auf die Arbeitsbeziehungen und auf die Bedeutung der Tarifpolitik in den Ländern der Beitrittskandidaten ein. Er vergleicht in seinem Beitrag die MOE-Länder in ihrer Entwicklung untereinander und setzt diese mit der Entwicklung in der EU-15 in Beziehung.

Der Erfolg der EU-Osterweiterung hängt auch davon ab, inwiefern in der Vor-Beitrittsphase die Förderung von Demokratie und sozialem Dialog voran gekommen ist. Den Stand über diesen Prozess schildert Hortense Hörburger. Norbert Kluge und Eckhard Voss stellen Ergebnisse eines Forschungsprojektes vor, welches den Einfluss von ausländischen Unternehmen in Polen, in Tschechien und Ungarn auf die dortigen Produktions- und Arbeitsbeziehungen untersuchte.

Dr. rer.pol. Astrid Ziegler ist Referatsleiterin für Strukturpolitik im WSI in der Hans Böckler Stiftung.
e-mail: astrid-ziegler@boeckler.de